



Foto: Felber

GASTKOMMENTAR

CHRISTIAN FELBER

Demokratische Bank als Alternative

Die Strategie der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte ist radikal fehlgeschlagen. Neben der Re-Regulierung braucht es radikale Alternativen von unten. Die „Demokratische Bank“ ist eine davon.

Durch den Generalschwenk der Banken von Gemeinwohlorientierung auf Gewinnstreben wurden diese ineffizient. Sie können ihre Kernfunktionen - die reibungslose Umwandlung von Spar- in Kreditgeld und die kostengünstige Abwicklung des Zahlungsverkehrs - nicht mehr oder nur noch unzureichend erfüllen. Der neue Fokus auf Vermögensverwaltung und Investmentbanking hat die Wirtschaft nicht effizienter gemacht, sondern instabiler und ungerechter. Wenn Geld zum Mittel zur Ware wird, sind Arbeitsplätze, Umwelt und Wohlstand in Gefahr.

Deshalb bedarf es einer „radikalen“ (wurzeltiefen) Umkehr: Geld und Kredit sollten zur Grundinfrastruktur der Wirtschaft zählen, als öffentliches Gut definiert und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Die „Demokratische Bank“ soll dem Gemeinwohl dienen und folgende, in

der Verfassung festgeschriebene Kernaufgaben erfüllen:

1. Kostengünstige und unbürokratische Kreditvergabe an „real“ investierende Unternehmen;
2. Sichere Sparkonten mit staatlicher Einlagegarantie;
3. Recht aller vor Ort lebenden Menschen auf ein kostenloses Girokonto;
4. Servicefreundliche Abwicklung aller Bankdienstleistungen in einem flächendeckenden Filialnetz;
5. Kostengünstige Kredite an den Staat.

Die Demokratische Bank strebt keine Gewinne an, sie arbeitet kostendeckend. Sie lässt die Finger von Aktien, Fonds und Derivaten, meidet Steueroasen und wahrt keine Geheimnisse gegenüber dem Finanzamt. Transparenz bei allen Geschäftsvorgängen schafft Vertrauen in die Demokratische Bank.

Wichtiger Unterschied zu traditionellen „Staatsbanken“: Demokratische Banken sind von der Regierung unabhängig. Sowohl die Leitungsgremien werden direkt demokratisch gewählt als auch der kontrollierende Bankerrat, der sich aus VertreterInnen der Beschäftigten, der Sparkun-

Innen, der KreditnehmerInnen und der Allgemeinheit zusammensetzt. In allen Gremien befinden sich 50 % Frauen.

Sämtliche Kredite der Demokratischen Bank sind durch Spareinlagen gedeckt: Diese wachsen im Verhältnis zur realen Wirtschaft - und damit zur realen Kreditnachfrage - seit Jahrzehnten ungebrochen, weshalb Geld als Kredit in immer größerem Ausmaß zur Verfügung steht. Zweigstellen mit Einlagenüberschuss können zu Zweigstellen mit Kreditüberhang umverteilen oder zu höheren Ebenen und zum Staat, damit dieser günstig Kredit aufnehmen kann. Letzter Refinanzierungsanker bleibt wie bisher die Zentralbank.

Bei der Kreditvergabe wird nicht nur die ökonomische Bonität der Kreditwerber geprüft, sondern auch der soziale und ökologische Mehrwert der Investitionsvorhaben. Projekte mit dem höchsten sozialen und ökologischen Mehrwert erhalten die günstigsten Konditionen bis hin zum Nullzinssatz. So bekämen zum Beispiel Initiativen für fairen Handel einen besonders günstigen Zugang zu Fremdkapital. Sollten Projekte, die sich un-

mittelbar nicht rentieren, einen hohen sozialen oder ökologischen Mehrwert generieren, erhalten sie von der Risikoabteilung „ökosoziales Risikokapital“.

Parallel zum Aufbau demokratischer Banken müssten die spekulativen und riskanten Segmente und Akteure der globalen Finanzmärkte rückgebaut und geschlossen werden. Dann müssten auch die Reichen ihr Geld bei der „Demokratischen Bank“ deponieren, was diese Geldmassen nicht nur in sinnvollere Verwendungen leiten, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für die Besteuerung dieses Reichtums schaffen würde.

Private Banken, die nicht gleich hohe Standards erfüllen wie die Demokratische Bank, erhalten a) keine staatliche Refinanzierung durch die Zentralbank, b) keine Einlagegarantie, c) keinen Zugang zur Staatsfinanzierung.

Bevor die „gesetzliche“ Demokratische Bank idealerweise in der Verfassung verankert wird, will eine große Zahl von Menschen die demokratische Bank zunächst als private Genossenschaft gründen.

info@demokratische-bank.at

CHRISTIAN FELBER IST FREIER PUBLIZIST, UNIVERSITÄTSLEKTOR UND MITBEGRÜNDER VON ATTAC ÖSTERREICH. AKTUELLES BUCH: „KOOPERATION STATT KONKURRENZ. 10 SCHRITTE AUS DER KRISE“. AM 16. AUGUST ERSCHEINT DIE „GEMEINWOHL-ÖKONOMIE“ BEI DEUTSCHE. NÄHERE INFOS: WWW.CHRISTIAN-FELBER.AT

„Finanzierung und Veranlagung der öffentlichen Hand Bundesfinanzierungsagentur

Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur fungiert im Namen und auf Rechnung des Bundes als Treasury der Republik Österreich.

Im Rahmen ihrer vielfältigen Aufgaben sorgt sie im Interesse der Steuerzahler für die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Republik Österreich und die Aufnahme von Schulden zu langfristig optimalen Konditionen, wobei eine risikoaverse Grundausrichtung verfolgt wird. Die rechtliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der ÖBFA bildet das Bundesfinanzierungsgesetz vom 4. 12. 1992, BGBl. 763/1992.

Im Rahmen einer Gebärungsprüfung hat der Rechnungshof im Juli 2009 die Finanzierungs- und Veranlagungsinstrumente sowie die Finanzierungsstrategien und -risiken des Bundes und der Bundesländer beurteilt und verglichen und Änderungen im Finanzmanagement des Bundes angeregt.

Die vom Bundesminister für Finanzen eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung von **Univ. Prof. Dr. Stefan Pichler** hat die folgenden Leitlinien ausgearbeitet:

- Konsequente Trennung

von Treasury - Funktion und Risikomanagement-Funktion auf allen aufbauorganisatorischen Ebenen

- Klar definierte zentrale Wahrnehmung der obersten Risikomanagementfunktion des Bundes im Bundesministerium für Finanzen

- Klar strukturierte Auftrags- und Kontrollverhältnisse

- Operative Wahrnehmung der Treasury - Aufgaben in einer eigenständigen Organisationseinheit

- Inhaltliche Verantwortung für Zielvorgaben und strategische Risikobegrenzung im BMF

- Eingehen nur jener Risiken, die zur Erfüllung der Staatsaufgaben notwendig sind (kein Eingehen vermeidbarer Risiken, insbesondere nicht zur Erzielung zusätzlicher Erträge)

- Anwendung von Best-Practice-Sorgfaltspflichten

- Konkrete Einbeziehung ethischer Standards in die Risikobeurteilung

Außerdem wurde großes Synergiepotenzial durch die Zentralisierung von Risikoma-

nagementaufgaben verschiedener Institutionen des Gesamtstaates sowie durch die zentrale Wahrnehmung gewisser Funktionen des Treasury geortet.

Die heimische Bundesfinanzierungsagentur hat alle Leitlinien umgesetzt, die innerhalb ihres Gestaltungsradius lagen.



Frau Dr. Martha Oberdorfer, CFA Geschäftsführerin der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur



Foto: Wolfgang Bader

ETHISCHES INVESTMENT

MAG. HARALD KOLERUS

Was uns alle betrifft

Das Schweizer Bankhaus Vontobel setzt sich schon seit Jahren sehr intensiv mit Nachhaltigkeit auseinander, wobei der vierteljährliche Report: „Nachhaltige Anlagen mit Zertifikaten“ immer sehr interessante Einblicke in die Trends dieses Themenkomplexes bietet. Eine (erfreuliche) Kernaussage des aktuell vorliegenden Berichts lautet: „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften bedeuten nicht automatisch Verzicht und Sparsamkeit.“ Denn die Natur stellt vieles im Überfluss bereit, ohne Ökosysteme zu beeinträchtigen oder knappe Ressourcen zu übernutzen. Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist es laut Vontobel, die Kreisläufe der Natur nicht zu schädigen und im Einklang mit diesen zu wirtschaften. Dafür stehen Unternehmen im Wesentlichen zwei Ansätze zur Verfügung: Mit der Steigerung der Effizienz ist es möglich, weniger natürliche Ressourcen wie Wasser oder Erdöl zu verbrauchen. Eine weitere Option ist, andere Rohstoffe zu nutzen. Erschöpfbare Ressourcen können durch nachwachsende Rohstoffe, fossile durch regenerierbare Energiequellen und toxische Stoffe durch biologisch abbaubare substituiert werden.

Unternehmen, welche die Kunst beherrschen, beide Ansätze optimal zu kombinieren,

bieten attraktive Investitionsmöglichkeiten für Investoren.

Für **Heiko Geiger**, Senior Advisor Financial Products Vontobel Europe, sind vor allem jene Anlagethemen interessant, die direkt mit der Existenz des menschlichen (Über-)Lebens zusammenhängen. Hier nennt Geiger etwa das Thema Wasser: „Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO haben heute weltweit noch immer 1,1 Mrd Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dabei konsumiert ein durchschnittlicher Schweizer Privathaushalt pro Person und Tag rund 162 Liter Wasser. Die Toilettenspülung hat dabei einen Anteil von ungefähr 30 % und ist damit mit Abstand der größte Wasserverbraucher im Haushalt.“ Geiger verweist in diesem Zusammenhang auf den Einsatz von Regenwasser oder Gebrauchtwasser für Toilettenspülungen - diese Technik wird bereits vielerorts angewandt und bietet nur ein Beispiel um saube-

res Trinkwasser einzusparen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für Geiger der Klimawandel: „Er betrifft alle Menschen sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern. Klima- und Umweltschutz ist von existentieller Wichtigkeit, was sich leider aber noch nicht im Bewusstsein und in den Handlungsweisen vieler Menschen aber auch Unternehmen durchgesetzt hat.“ Dabei ist Nachhaltigkeit ja nicht „nur“ ein ethischer sondern auch ein ökonomischer Faktor, was uns jetzt das Beispiel der Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko drastisch vor Augen führt: BP hat rund die Hälfte seines Börsenwertes verloren, Skeptiker spekulieren sogar mit der Zerschlagung des Unternehmens. Wer sich der Bedeutung von Ökologie und Ökonomie bewusst ist, findet übrigens bei Vontobel Zertifikate, die sich auf Themen wie Wasser, Klimaschutz oder nachhaltigen Konsum und Mobilität spezialisiert haben.



Foto: Fotolia.com/Gioacchino Trigona

Verantwortlich für das
Sonderthema Geld & Ethik:
Rudolf Erdner
erdner@finanzdl.at



Foto: Josef Henk